

Gemeinderat / Ortschaftsrat

Christlich Demokratische Union Deutschlands 

Gemeinderatsfraktion

Der Maulkorb im Amtsblatt

Unser Amtsblatt ist eine offizielle Publikation mit rein lokalem Bezug. Seit über 10 Jahren haben wir eine Regelung für Veröffentlichungen im Parteienviertel, die fair ist, sowohl gegenüber den im Gemeinderat bereits vertretenen Parteien und Gruppen, als auch gegenüber eventuell neuen Bewerbern, die 18 Wochen vor einer Lokalwahl im Amtsblatt auftreten können. Wir haben eine Regelung, die große und kleine Parteien gleich behandelt und die, nicht zu vergessen, die ganze Zeit über klaglos akzeptiert wurde.



Nun kommt die Grün-Rote Landesregierung und erlässt vor Wahlen ein Veröffentlichungsverbot. Die Seite im Amtsblatt soll leer bleiben! Hier wird wieder einmal die typische Regulierungswut offenbar, die keinen Teil der Gesellschaft ausspart. Der Veggie Day lässt grüßen! Und natürlich werden nicht etwa die Amtsblätter geöffnet, so wie wir hier in Ettlingen das getan haben, nein es wird mit Verboten reagiert. Die Darstellung der verschiedenen Meinungen wird einfach unterbunden. Die versprochene Politik des „Gehörtwerdens“ haben wir uns wirklich anders vorgestellt.

Wir haben diesen Maulkorberlass im Gemeinderat abgelehnt und so bewusst einen gesetzeswidrigen Beschluss herbeigeführt. Sicher eine harte Maßnahme, aber wir wollten ein klares Zeichen für die Meinungsfreiheit setzen. Der OB musste diesem Beschluss pflichtgemäß widersprechen. Wie es nun weitergeht? Wir werden dafür kämpfen, dass wir Ihnen das auch in den nächsten Wochen an dieser Stelle schreiben können. Wenn's beim Maulkorb bleibt, ist diese Seite bis Mitte März leer.

Dr. Albrecht Ditzinger, Fraktionsvorsitzender

albrecht.ditzinger@ettlingen.de

www.cdu-ettlingen.de



Wir bewegen Ettlingen.

www.spd-ettlingen.de

SPD

Eine schöne Bescherung...

hat sich der Gemeinderat wenige Tage vor Weihnachten selbst bereitet: mit einer außerordentlichen öffentlichen Sondersitzung am 7. Januar, die erforderlich wurde, weil das Gremium am 16.12.2015 angeblich einen **rechtswidrigen Beschluss** gefasst hat.

Worum geht es?

Die am 01.12.2015 in Kraft getretene Gemeindeordnung regelt – und das ist neu – den **Anspruch der Fraktionen** im Gemeinderat, im städtischen **Amtsblatt Beiträge** zu veröffentlichen. Das ist doch aber in Ettlingen schon lange so! Ja, aber eben nicht überall im Land.

Das Problem - § 20 Abs. 3 GemO regelt außerdem:

„Er (der Gemeinderat) hat die Veröffentlichung von Beiträgen der Fraktionen innerhalb eines bestimmten Zeitraums von **höchstens sechs Monaten vor Wahlen auszuschließen**.“ Die Verwaltung hat vorgeschlagen, die Ausschlussfrist auf sechs Wochen vor der Wahl festzulegen. Unsere Fraktion ist mit einer solchen Beschneidung der Rechte der Fraktionen nicht einverstanden. Wir haben deshalb gegen den Verwaltungsvorschlag gestimmt. Herr OB Arnold hält diesen Beschluss für rechtswidrig und hat widersprochen. Bleibt der Gemeinderat am 07.01.2016 bei seinem Votum, entscheidet das Regierungspräsidium. Und wir geben die Entscheidung aus der Hand und riskieren eine Ausschlussfrist von drei bis sechs Monaten.



Fortsetzung folgt ...

Für die SPD-Fraktion:

Sonja Steinmann, Stadträtin, Rechtsanwältin



Herzliche Einladung Zum Neujahrsempfang und Wahlkampfauftakt des Kreisverbands Bündnis 90 / Die Grünen

Termin:	19. Januar 2016 19.00 Uhr
Ort:	Kino Kulisse Ettlingen Am Dickhäuterplatz 16 76275 Ettlingen
Begrüßung:	Joachim Sander Vorsitzender des Stadtverbandes Ettlingen
Zum Thema Ettlingen:	Barbara Saebel Kandidatin für den Landtag BW
Zum Thema Landespolitik:	Franz Untersteller, MdL Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft
Musikalische Umrahmung:	Musikschule Ettlingen

Wir freuen uns auf Sie!

Liebe Ettlinger Leser,

Sie sind gut ins Neue Jahr gekommen?
Möge es friedlich und gut werden.

Wenn Sie unser Amtsblatt, um das uns viele andere Kommunen beneiden, in Händen halten, wird der Ettlinger Gemeinderat tagen, um über das Verbot der Parteienecke vor Wahlen zu beraten. Vor Weihnachten hatten wir die Forderung des Stuttgarter Innenministeriums nach einer wochenlangen Zeit (bis zu 6 Monate!) ohne Parteienecke abgelehnt.

Diese Ablehnung musste das Rathaus, das sich erfolglos für eine kurze Karenzzeit eingesetzt hat, als unrechtmäßig einstufen und beruft den Gemeinderat ein, damit dieser doch einer Karenzzeit zustimmt.

Der Gemeinderat ist sich einig, dass die Parteienecke eine gute Sache ist. Der Bürger wird informiert und in Ettlingen dürfen sogar Parteien, die Kandidaten stellen, aber nicht im Gemeinderat sind, Beiträge einstellen, eine sehr liberale Regelung.

Die Frage ist, ob das Innenministerium einfach eine solche Regelung außer Kraft setzen, verändern kann. Warum eigentlich? Angst vor dem informierten Bürger? Wir sollten auf unsere Ettlinger Regelung stolz sein und sie verteidigen, dem Innenministerium empfehlen, sich auf die tatsächlichen Probleme zu konzentrieren.

Freie Demokraten
FDP



Dr. Martin W. Keydel

Stadtrat FDP/
Bürgerliste-Gruppe
Vorsitzender des
FDP-Stadtverbands
fraktion@fdp-
ettlingen.de

www.fdp-ettlingen.de